

Pressemitteilung

Bergedorf, den 11.11.2009

Und Schluss...das Gefahrengebiet ist weg!

Das Gefahrengebiet Bergedorf ist Geschichte! Seit seiner klammheimlichen Einrichtung im Dezember 2006 ist es 34mal verlängert worden, bis jetzt. Pünktlich zur Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Inneres am 16.11.2009 erteilte uns die Nachricht über das Ableben unseres Gefahrengebiets. In dieser Sitzung sollte eigentlich mit neuen Zahlen darüber diskutiert werden, welchen Sinn das Gefahrengebiet noch macht. Mit Neuallermöhe und dem gesamten Innenstadtbereich Bergedorfs war diese rechtliche Sonderzone lange Jahre ein sichtbares Zeichen eines Polizeigesetzes, das Hamburgs CDU als das schärfste Deutschlands bezeichnet.

Dabei hatten es weder die Innenbehörde noch die Polizei nötig, die Ausrufung des Gefahrengebiets bekannt zu geben. Erst anderthalb Jahre nach Entstehen kam die Existenz eines bezirklichen Gefahrengebietes durch eine Anfrage der Linksfraktion in der Bezirksversammlung heraus. Obwohl ein Instrument wie das Gefahrengebiet in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger eingreift, ist es dem Hamburgischen Polizeigesetz zu verdanken, dass die Politik hier gar nichts zu sagen hat. Gefahrengebiete werden von und für die Polizei gemacht, sie werden von ihr beantragt und von ihr genehmigt. Wir gehen davon aus, dass die Gefahrengebiete hamburgweit bald nur noch ein Beispiel für ein fehlerhaftes Polizeigesetz sein werden. Die Erneuerung des Hamburgischen Polizeigesetzes, im Koalitionsvertrag zwischen CDU und GAL vereinbart, ist überfällig. Und für den Fall, dass ein ähnliches Instrument wieder vorgesehen wird ist diesmal damit zu rechnen, dass DIE LINKE. in der Bürgerschaft dagegen klagen wird.

Dazu sagt der Fraktionsvorsitzende der Bergedorfer LINKEN, Stephan Jersch: *"Drei Jahre hat uns das Gefahrengebiet begleitet und aufgefallen ist es erst nach massiven Beschwerden von Jugendlichen, die ständig ohne Anlass kontrolliert wurden. DIE LINKE. hat seit Beginn an der Notwendigkeit einer solch restriktiven und rechtlich zweifelhaften Maßnahme Zweifel gehabt. Diese rechtliche Sonderzone hat ganze Bevölkerungsgruppen stigmatisiert und dem Ansehen Neuallermöhes schweren Schaden zugefügt. Wir erwarten vom Senat ein neues Polizeigesetz das solche rechtlichen Ausnahmezonen nicht mehr zulässt."*

Für Rückfragen erreichen Sie unsere Ansprechpartner:

Stephan Jersch: 0177 7537724